

SPD/FDP/0002/2023

Parteienantrag SPD/FDP

Az:

Datum:

17.07.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Haupt- und Finanzausschuss	13.07.2023	Vorberatung	
Stadtverordnetenversammlung	20.07.2023	Entscheidung	

Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024: Neugestaltung des Mahnmals zur Reichspogromnacht**Beschlussvorschlag:**

Der Magistrat wird beauftragt, der Stele mit den Namen der (meisten) deportierten Umstädter Jüdinnen und Juden am Mahnmal zur Reichspogromnacht einen sichtbareren und würdigeren Platz zu geben, damit diese besser ins Zentrum der Öffentlichkeit gerückt und Teil des Gedenkens an jedem 9. November werden kann. Eine bisher vieldiskutierte Verlegung der Stele nach vorne, neben die Menora, kann hierbei, neben anderen Ansätzen, eine Lösung darstellen. Gleichzeitig soll der Platz hinter dem Mahnmal insgesamt für die Öffentlichkeit aufgewertet werden, um neue Formate im Sinne der Gedenkkultur durchführen zu können. Hier sollen eine gut sichtbare Hinweistafel, eine entsprechende barrierefreie Weggestaltung, eine Veränderung der Parkplatzsituation und eine Einrichtung von Sitzgelegenheiten in die Überlegungen einfließen. Um dies zu verwirklichen sollen Vertretungen von Politik und Verwaltung gemeinsam mit dem „Runden Tisch - Jüdisches Leben in Groß-Umstadt“ ein gesellschaftlich tragfähiges Konzept erarbeiten. Der Beschluss wird zunächst in den Haushaltsentwurf 2024 eingearbeitet und entsprechende Planungsmittel eingeplant.

Kennzahl:

Nachweisbare Mittelplanung und Ressourceneinsatz sowie erarbeitetes Konzept

Begründung:

Die Geschichte der Groß-Umstädter Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens ist in vielen Publikationen aufgearbeitet worden. Eine Thematik, der sich viele engagierte Bürgerinnen und Bürger, darunter auch Ehrenbürgermeister Wilfried Köbler (SPD), angenommen haben. Nach dem dramatischen und politisch fragwürdigen Abriss der Synagoge im April 1979 und ihrer Verlagerung in den Hessenpark Neu-Anspach wurde eine Gedenkstätte am Darmstädter Schloss errichtet, später ergänzt um eine Stele, welche die (meisten) Namen der deportierten Umstädter Jüdinnen und Juden trägt. Diese Stele ist jedoch bereits seit Jahrzehnten Zentrum der Auseinandersetzungen im Umstädter Ortsbeirat gewesen, da sie sehr versteckt und kaum wahrnehmbar ist. Mit dem vorliegenden Antrag soll dies nun endlich geändert werden, damit ein würdigerer Standort etabliert wird. Die kommunale Erinnerungskultur, der sich insbesondere der „Runde Tisch - Jüdisches Leben in Groß-Umstadt“ verpflichtet fühlt, soll deshalb bei der Konzeption einbezogen werden, um auch weitere Ideen einbringen zu können. Hierbei sollen auch Überlegungen für eine generelle Aufwertung des Platzes hinter dem Mahnmal einfließen. Gerade für die Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht gehört die Stele mit den Namen deportierter Umstädter Bürgerinnen und Bürger wieder ins Bewusstsein gerückt, wie dies auch die verlegten Stolpersteine ermöglichen. In Zeiten, in denen die europafeindliche AfD es schafft, mit ihren geschichtsrevisionistischen und verfassungsfeindlichen Positionen Ämter und Mandate zu bekleiden und neuerdings auch im Thüringer Landkreis Sonneberg ihren ersten kommunalen hauptamtlichen Landrat stellt, liegt es an uns, die Erinnerung an die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen aufrecht zu erhalten.